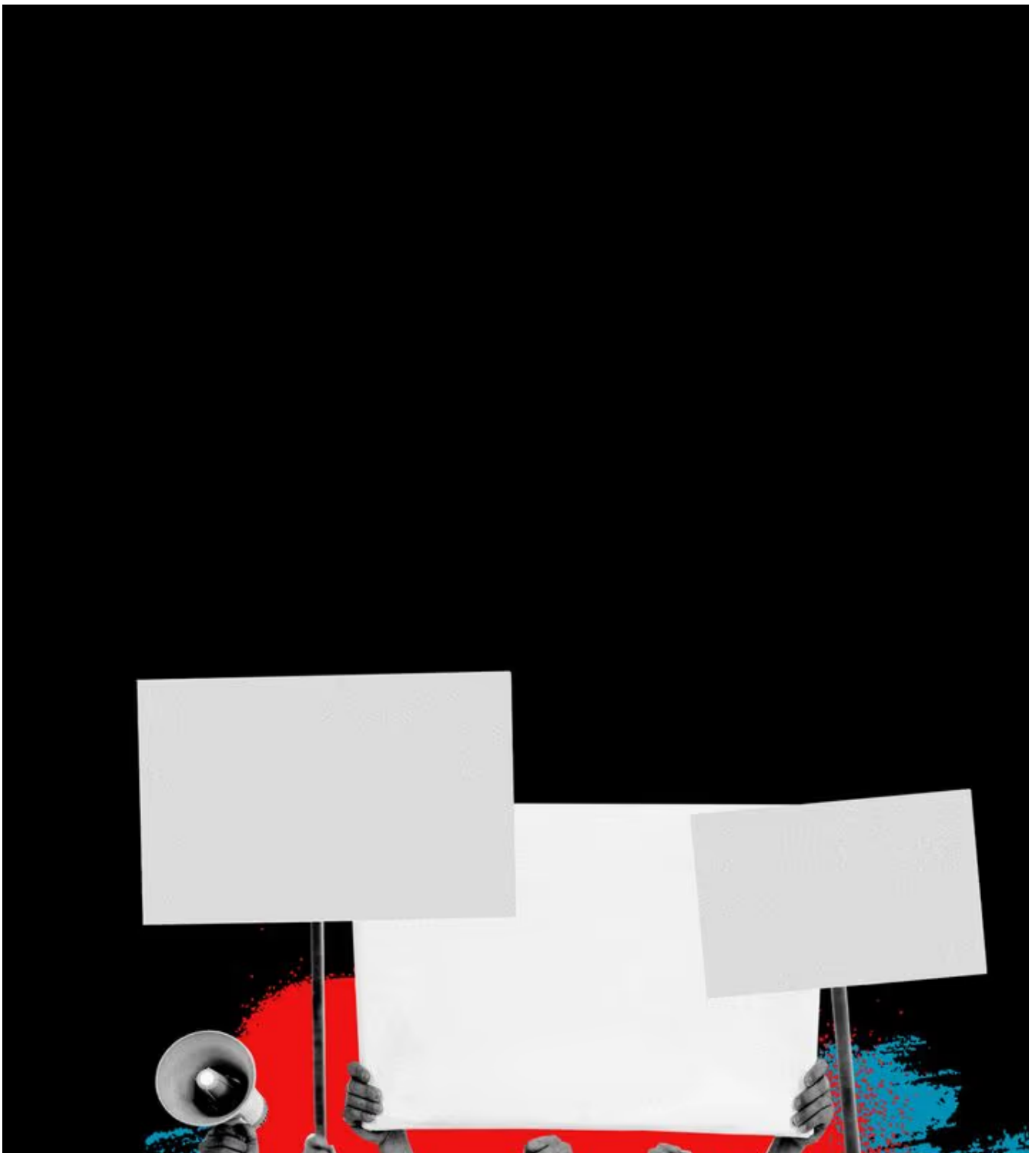


„Es geht um die Sehnsucht nach Vertrautem“

Der Historiker und Holocaust-Forscher Ulrich Herbert über den Rechtsextremismus der AfD, deren Nähe zur NSDAP und die Möglichkeiten und Folgen eines Parteiverbots.





Interview von Peter Laudenbach

16. Januar 2024 - 7 Min. Lesezeit

Der Historiker Ulrich Herbert erforscht seit Jahrzehnten die Geschichte des Nationalsozialismus und des Völkermords an den europäischen Juden. In den zuletzt durch die Correctiv-Recherche bekannt gewordenen, von AfD-Funktionären und Rechtsextremisten gepflegten Deportationsfantasien gegenüber Mitbürgern nichtdeutscher Herkunft sieht er die wenig überraschende Fortsetzung der völkischen Ideologie der Nationalsozialisten. Herberts Diagnose: Bei allen Unterschieden zwischen AfD und NSDAP ist die geistige Nähe der beiden Parteien evident.

SZ: Herr Herbert, Sie haben als Historiker die Geschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus untersucht. Wie nehmen Sie die Debatte um ein Verbotsverfahren gegen die AfD wahr?

Ulrich Herbert: Der Verfassungsschutz hat zumindest einzelne

Landesverbände der AfD als eindeutig verfassungsfeindlich qualifiziert. Es gibt in der Partei, und noch stärker in ihrem Umfeld, Äußerungen, die auf das Ziel eines Staatsstreichs hinweisen, ob das nun realistisch ist oder nicht. Deshalb ist die Diskussion über ein Parteiverbot zumindest naheliegend, wenn nicht sogar zwingend. Eine andere Frage ist natürlich, ob das juristisch durchsetzbar oder politisch klug wäre.

Und die Perspektive des Historikers?

Es gibt Beispiele, an denen wir uns orientieren können. Die NSDAP ist in den frühen 1920er-Jahren kurzzeitig verboten worden. Zu der Zeit war sie noch eine von vielen kleinen nationalistischen Splittergruppen. Wenn das Parteiverbot nicht nach kurzer Zeit wieder aufgehoben, sondern aufrechterhalten worden wäre, hätten sich die Anhänger Hitlers vermutlich in anderen Gruppen der extremen Rechten versammelt. Aber das wissen wir nicht. Zumindest kann man sagen, dass das Verbot der NSDAP und später auch das Uniformverbot in der Weimarer Republik vorübergehend eine gewisse Wirkung gezeigt hat. Das zweite Beispiel ist die Sozialistische Reichspartei (SRP), eine rechtsextreme Partei in der frühen Bundesrepublik, die 1952 vom Bundesverfassungsgericht verboten worden ist. Dieses Parteiverbot hat die Nazis in der Bundesrepublik durchaus beeindruckt. Zwölf Jahre später ist die NPD mit teilidentischem Personal gegründet worden, aber sie blieb doch eher bedeutungslos. Das Verbot der SRP hat in der Bundesrepublik immerhin ein Tabu gegen offen nationalsozialistische Parteien errichtet. Drittes Beispiel: Das Verbot der KPD 1956 hat zu mehr als 100 000 Verfahren gegen Parteimitglieder und Anhänger geführt und zu fast 10 000 Verurteilungen. Und das, obwohl die Kommunisten bei den Bundestagswahlen 1953 gerade 2,3 Prozent erreicht hatten. Kann man sich ein ähnliches Vorgehen gegen die AfD vorstellen? Vermutlich nicht.

Was unterscheidet die NSDAP um 1930, also nach den ersten großen Wahlerfolgen, von der heutigen AfD?

Noch bei der Reichstagswahl 1928 kam die NSDAP auf bescheidene 2,6 Prozent der Stimmen, sie ist erst durch die Weltwirtschaftskrise stärker

geworden. Der Kontrast zur Gegenwart ist offensichtlich. Trotz aller gegenwärtiger Krisen ging es den Deutschen im historischen Vergleich wirtschaftlich noch nie so gut wie heute. Die aktuelle Rechtsentwicklung auf wirtschaftliche Faktoren zurückzuführen, greift sicher viel zu kurz. Die Bauern, Ärzte, Apotheker und Lokführer, die aktuell streiken oder protestieren, sind keine armen Leute. Es geht ihnen um die Sicherung und den Ausbau von Besitzständen. Das ist eine völlig andere Situation als die Verarmung und Massenarbeitslosigkeit der Weimarer Republik. Im Gegensatz zur AfD war die NSDAP um 1930 eine Partei der Arbeitslosen und der jungen Leute. Dagegen reichen die Mitglieder- und die Anhängerschaft der AfD quer durch die Gesellschaft, mit einem Schwerpunkt in den Mittelschichten. Zudem hat die AfD ihre Erfolge in einer etablierten und stabilen liberalen Demokratie, nicht in einer schwachen Republik wie der von Weimar.

Zeigt die AfD bei allen deutlichen Unterschieden auch Parallelen zur NSDAP?

Die AfD ist eine nationalistische, überwiegend rechtsextremistische Partei. Und auch Antisemitismus und Gewaltbereitschaft finden wir im Umfeld der AfD. Das ist kein deutsches Spezifikum, ähnliche Parteien haben sich in den vergangenen Jahren in vielen Ländern Europas herausgebildet. Gemeinsam sind ihnen ein radikaler Nationalismus, Rassismus, autoritäre Vorstellungen von Staat und Gesellschaft. Das sind wesentliche Kennzeichen rechtsradikaler Parteien im 20. und 21. Jahrhundert, in jeweils zeittypischen Varianten. Das waren auch programmatische Eckpunkte der NSDAP. Und auch in der völkischen Ideologie gibt es sicher Bezüge zwischen AfD und NSDAP.



„Völkische Ideologie“ müssen Sie erklären.

Im völkischen Denken ist das Subjekt der Geschichte nicht das Individuum, sondern das „Volk“ in einem biologischen und kulturellen Sinn. Das ist nahezu allen rechtsextremen Bewegungen der letzten 130 Jahre gemeinsam, in unterschiedlicher Intensität. Deshalb ist ein Kernbegriff der AfD die „Umvolkung“, also die Behauptung, mit der Zuwanderung einer großen Zahl ausländischer, „fremdvölkischer“ Menschen drohe ein Umbau des „Volkskörpers“. Das markiert den Grundgedanken des deutschen Rechtsextremismus seit dem späten 19. Jahrhundert, als sich der „Alldeutsche Verband“ gründete, in Reaktion auf die massenhafte Anwerbung polnischer Arbeitskräfte nach Deutschland. In diesem Weltbild ist das Abstammungsprinzip entscheidend, das „ius sanguinis“, das „Recht des Blutes“, und nicht die Staatsangehörigkeit des modernen Verfassungsstaats. Das war im völkischen Denken um 1900 so, um 1933, und das finden wir auch bei der AfD oder im sogenannten „Nationalen Lager“, wie die Rechte sich selbst nennt.

Klingen deshalb die Fantasien von AfD-Politikern, Migranten und deutsche Staatsbürger nichtdeutscher Herkunft zur „Remigration“ zu zwingen, fast wie Sätze aus dem Parteiprogramm der NSDAP:

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist, Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist“?

Diese Kontinuität im völkischen Weltbild ist ein entscheidender Grund, die AfD als rechtsextremistisch und nicht einfach als konservativ zu charakterisieren. Wer die Veröffentlichung aus diesen rechtsextremen Kreisen kennt, die allesamt über „Remigration“ schreiben, wundert sich nicht über das bei dem jetzt bekannt gewordenen Treffen zwischen AfD-Funktionären und Rechtsextremisten in Potsdam Gesagte. Die dort verbreiteten Deportationsfantasien gegenüber deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund, die besonders geschockt haben, sind vor allem als Tabubruch und gezielte Provokation zu verstehen.

Steht die AfD mit solchen Deportationsfantasien allein?

Zumindest bei der Überlegung, Asylsuchende nach Afrika abzuschieben, gibt es Anknüpfungspunkte zu konservativen Parteien. Die Verbringung von Asylbewerbern in ein afrikanisches Land wird auch bei den britischen Tories diskutiert. Und auch in der Union: Auf dem CDU-Parteitag vor einigen Wochen wurde ein Antrag des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thorsten Frei angenommen, wonach die Asylverfahren in ein afrikanisches Land verlagert werden und auch anerkannte Asylsuchende dann in diesem Land bleiben sollen: „Eine Aufnahme in Europa ist nicht möglich.“ Solche Vorlagen nutzen AfD und andere Rechtsextreme, sie nehmen sie auf, radikalisieren sie um eine oder zwei Umdrehungen, stellen so aber auch eine gewisse Anschlussfähigkeit her, im Sinne von: Wir sind nur konsequenter.



Foto: Monika Skolimowska/dpa

Ulrich Herbert, emeritierter Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg, ist einer der renommiertesten deutschen Zeithistoriker. Seine „Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert“ ist ein Standardwerk. Zuletzt hat er veröffentlicht: „Wer waren die Nationalsozialisten?“ (C. H. Beck). Das Foto zeigt ihn 2019 bei einer Gedenkveranstaltung des sächsischen Landtags für die Opfer des Nationalsozialismus.

AfD-Politiker mobilisieren für einen „Kulturkampf“, etwa gegen geschlechtergerechte Sprache. Teilen Anhänger der AfD mit denen der NSDAP der 1930er-Jahre eine gewisse Überforderung und aggressive Ablehnung gegenüber der kulturellen Moderne?

Diese Abwehrreaktionen und Ressentiments gehen weit über die AfD hinaus. Der Zorn, der Hass richtet sich vor allem gegen ein vermeintlich neues, urbanes, kosmopolitisch orientiertes Bürgertum, den „kulturellen Linksliberalismus“, der sich für Feminismus, Migration, Multikulturalismus

und die Rechte sexueller Minderheiten ausspricht, der in Universitäten und Redaktionen eine Art Definitionsmacht errungen zu haben scheint und mit den Grünen identifiziert wird. Dagegen stehen die „einfachen Leute“ beziehungsweise die, die sich so empfinden, die in Region und Nation eingebunden sind und von einem linksliberalen Bürgertum angeblich gar nicht mehr wahrgenommen werden. Das ist nicht spezifisch für Deutschland, das finden wir in Frankreich bei den Gelbwesten ebenso wie bei der PiS-Partei in Polen oder den Schwedendemokraten in Schweden, bei den Trump-Anhängern. Da geht es vor allem um die Sehnsucht nach Vertrautem, nach einer stabilen Vergangenheit, auch wenn die vermutlich gar nicht stabil war. Und es geht um die Suche nach Autorität und Charisma, die eine Demokratie, in der alles beredet wird, nicht bietet.

Trifft die Polemik gegen ein liberales, wirtschaftlich privilegiertes, vielleicht auch selbstgefälliges Bürgertum einen neuralgischen Punkt?

Womöglich. Aber wenn, dann wäre das keine neue Entwicklung. Pegida und Querdenker, Identitäre und eben vor allem die AfD haben sich in den 2010er-Jahren entwickelt, unter einer CDU-geführten Regierung. Aber diese Polemik verdeckt vor allem die sozialen Interessen, um die es hier geht. Die Vorstellung von der kleinen Elite, von abgehobenen Politikern und Journalisten und Wissenschaftlern in Berlin, von den „Party People“, wie Hubert Aiwanger gesagt hat, ist reine Fiktion und lenkt von der Tatsache ab, dass es hier um klassische Verteilungskämpfe geht und natürlich um politische Unterschiede.

Letzte Frage: Was wäre aus Ihrer Sicht ein kluger politischer Umgang der demokratischen Parteien mit der AfD?

Die demokratischen Parteien sind in einer schwierigen Situation. Es gibt drei Möglichkeiten: Entweder man grenzt sich klar ab und die AfD klar aus, wie bisher. Das zeigt bis jetzt wenig Wirkung und ermöglicht es der AfD, sich als einzige wahre Opposition zu inszenieren. Oder man geht auf sie zu, bis hin zu Koalitionen oder Tolerierungsbündnissen; so wie es in

einigen europäischen Staaten schon geschieht. Das geht an die Substanz von Demokratie und Rechtsstaat. Das konnte man in Polen sehen, das kann man in Ungarn sehen, man wird es auch in Italien erleben. Oder man verbietet die AfD und ihre Nebenorganisationen und geht gegen sie vor, in aller repressiven Konsequenz. Das könnte vermutlich nur eine konservative Regierung durchsetzen. Es würde zu einer enormen Polarisierung im Lande führen. Ich bin mir nicht sicher, welche der drei Optionen man sich wünschen sollte.

Fotos Collagen: Imago images, Digitales Design & Collagen: Stefan Dimitrov

Diese Geschichte teilen

Mehr große Geschichten